

*An den Mitgliedern der jüdischen Gemeinde in Berlin*

Die unterzeichneten Mitglieder der hiesigen jüdischen Gemeinde beehren sich dem Gemeinde-Vorstande Folgendes vorzustellen:

Durch die in Preußen wie in dem gesammten Deutschland proklamirte gleiche Berechtigung aller Bürger, verbunden mit Glaubensfreiheit und Unabhängigkeit der Religionsgemeinden, ist den Juden eine neue Stellung gewährt und so auch das Verhältniß der jüdischen Gemeinde in Berlin wesentlich ein anderes geworden. Sie, die Gemeinde, besteht nur noch als Religionsgesellschaft, hat aber als solche das Recht sich zu constituiren und ihre Angelegenheiten selber zu verwalten. Weder das Judenreglement von 1750 noch das Judengesetz von 1847 haben fortan eine Geltung. Aber abgesehen von dieser politischen Umgestaltung hätte die veraltete Weise, Vorsteher und Finanzcommission zu ernennen, längst einer andern Platz machen sollen, bei welcher die Gemeinde mehr betheiliget und deren Mitglieder hierdurch inniger an das Interesse des Ganzen geknüpft würden. Um so mehr aber bedürfen wir unter den gegenwärtigen Umständen einer tüchtigen Vertretung, wo von verweigerten Beiträgen, von Deficits in der Einnahme, von Spaltungen, von aufzuhebenden Anstalten die Rede ist, ohne daß hierüber der Gemeinde eine Mittheilung von Seiten des Vorstandes gemacht wird. Selbst die bevorstehende Wahl von Vorstehern oder Vertretern ist, weder was die Weise noch was den Zeitpunkt betrifft, bekannt, so daß diese Ungewißheit die Lage noch mehr zerrüttet. Der Vorstand wird schwerlich die Verantwortlichkeit für die Fortdauer eines solchen Zustandes übernehmen wollen, und doch darf, ohne große Gefahr für das Bestehen der Gemeinde, derselbe nicht länger so bleiben. Als den ersten Schritt zu einem Bessern betrachten wir nun die Wahl von Vertretern durch die Gemeinde. Das Recht hierzu ist unbestritten, das Verlangen danach allgemein. Wir beantragen daher:

Der Vorstand wolle sofort eine durch die Gemeinde-Mitglieder zu vollziehende Wahl der Vertreter veranlassen, und seinen Beschluß über diesen Antrag uns gefälligst mittheilen.

Berlin, den 20. Dezember 1848.

*Juden wir ersuchen, in den Beilagen 1 bis 24 von uns für die hiesige Gemeinde-Mitglieder näher gezeichnete Gegenstände anzusehen, und dieselbe Ihre Beschäftigung auf die angegebenen Punkte zu richten, um eine baldige Antwort, die die den mitunterzeichneten Pol. Meyer, jüdische Zeit. Nr. 21, gefälligst zu senden.*

*Berlin den 31. Dezember 1848.*

*(gg.) Pol. Meyer. A. Asher. L. Meinhof. Louis Katsmann.*